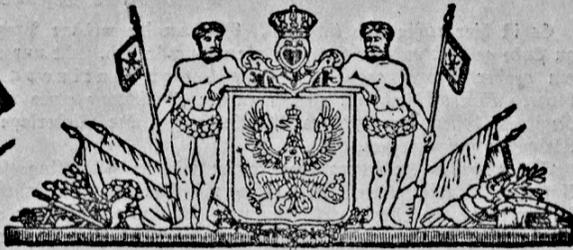


# Wossische



# Zeitung

20 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin, Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695, Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Amerikas Vermittlung in Europa.

### Ein Schritt vor dem 2. Januar.

Strenge Geheimhaltung des Inhalts.

London, 14. Dezember. (W. T. W.)

„Times“ melden aus Washington vom 13. Dezember: Das Weiße Haus ließ gestern mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles mögliche tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustande zu bringen. Präsident Harding wünsche darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht untätig verhalte. Er habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, die französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen. Das Weiße Haus und das Staatsdepartement wollen indessen nichts weiter als diese allgemeine Erklärung abgeben. Sie halten die Lage für so heikel, daß die größte Zurückhaltung nötig ist.

Dieser Schritt der Vereinigten Staaten ist ein neues Zeichen dafür, daß Washington gemeinsam mit England die Nachkriegsprobleme der Weltpolitik zu lösen sucht. England hat die Atmosphäre für ein Mitwirken Amerikas an der Bereinigung der Finanz- und Wirtschaftsprobleme Europas zweifellos durch die Annullierung der Balfournote günstig vorbereitet. Die Balfournote, die seinerzeit vom Kabinett Lloyd George aufgesetzt wurde als Protest gegen den französischen Versuch, durch die Entsendung der Parmentier-Kommission nach Washington ein Sonderabkommen mit den Amerikanern zu treffen, rief in Amerika den Eindruck hervor, als wolle England sich von der Bezahlung seiner tragbaren Schulden an die Vereinigten Staaten befreien. Bonar Law verfolgte jetzt eine den gesunden kaufmännischen Instinkten der Amerikaner besser zuzugende Politik, indem er die englisch-amerikanischen Schuldenbeziehungen aus dem internationalen Schuldenproblem ausschaltete und seinem Schatzkanzler den Auftrag erteilte, in Washington gemeinsam mit den Amerikanern zu erwägen, wieweit und gegen welche Bedingungen die Vereinigten Staaten und England gemeinsam auf ihre Gläubigerrechte gegenüber ihren kontinental-europäischen Bundesgenossen Verzicht leisten können.

Man kann jetzt schon feststellen, daß diese Bedingungen nach zwei Richtungen gehen werden. England legt hauptsächlich Nachdruck darauf, daß die Endsumme der deutschen Reparationsverpflichtungen eintragsmäßig in Einklang gebracht wird mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Denn es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Stagnation und Selbstauflösung, die die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands und damit Mitteleuropas charakterisieren, wie Lord Birkenhead gestern im Oberhaus ausgesprochen hat, auch Englands Erholung von der allgemeinen Weltwirtschaftskrise in Frage stellen.

Die Vereinigten Staaten werden ihre Bedingungen für den Schuldennachlaß unter anderen Gesichtspunkten formulieren. Wie Reuters aus Washington meldet, hat das Mitglied der Schuldensundierungskommission des Kongresses Burton in einer Rede erklärt, das Heilmittel für die europäische Krise liege nicht etwa in der Annullierung der amerikanischen Schulden, sondern vor allem in der Durchführung einer vernünftigen Finanzpolitik, einer Herabsetzung der militärischen Ausgaben und der Schaffung von einflussreicher und festerer Beziehungen anstelle des gegenwärtigen Mißtrauens und der Feindseligkeit. Burton deutete an, daß bis zur Verwirklichung dieser Forderungen es besser sei, „wenn keine starren Bestimmungen über die Zinssätze und die Anleihebedingungen für die europäischen Länder geschaffen würden.“

Obwohl das amerikanische Staatsdepartement über den Inhalt seines Schrittes in der europäischen Frage strenge Verschwiegenheit beobachtet, dürfte man kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß neue Versuche in der Richtung auf einen europäischen Friedenspakt gemacht werden, auf dessen Notwendigkeit Lord Grey im Oberhaus abermals hingewiesen hat. Die amerikanische Auffassung, daß ein Garantievertrag für Europa nach dem Muster des Pazifikvertrages das Regime militäristischer „Okkupationen und Sicherungen“ ersetzen müsse, dürfte auch in weiten Kreisen des deutschen Volkes Anklang finden. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sehnt sich nach Frieden durch Recht, um in Ruhe für seinen und Europas Wiederaufbau arbeiten zu können.

### Clemenceau gegen eine Ruhraktion.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 14. Dezember.

Clemenceau hat vor seiner Abreise aus New York dem Berichterstatter des „Petit Parisien“ ein Interview gewährt, in dem er unter anderem geäußert hat: „Ich bin gegen die Besetzung des Ruhrgebiets; vielleicht gab es einen

Augenblick, in dem eine Politik der Macht ein nützliches Ergebnis hätte zeitigen können. Aber diese Politik hat nach und nach ihre Wirksamkeit verloren, nachdem man Deutschland Konzessionen gemacht hat. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde mir heute lebhafteste Bedenken verursachen. Bedenken wir nur, wenn ein allgemeiner Erubenarbeiterstreik ausbräche, könnte man die Folgen überhaupt absehen?“

### Grey über den Friedenspakt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

London, 14. Dezember.

Im Oberhaus hat Lord Grey gestern eine sehr klare Rede über die Reparationsfrage gehalten. Er erklärte, daß er ein Freund Frankreichs sei und er wolle insgedessen Frankreich wissen lassen, daß, wenn die Konferenz, die in Paris stattfinden soll, keinen Erfolg haben werde, Europa einen weiteren Schritt zum Abgrund machen werde. Es sei gefährlich, einen Fehlschritt zu tun, aber es sei noch gefährlicher, überhaupt keinen Schritt zu machen. Lord Grey sagte die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden zu einem einzigen großen Problem zusammen. Er empfahl zunächst, man solle den Bölkerbund stärken. Es sei dies das einzige Mittel, den Frieden in Europa zu festigen. Alsdann setzte er sich für den Eintritt Deutschlands in den Bölkerbund ein. Die anderen Mächte müßten es loyaler Weise aufnehmen.

Einer der Hauptgründe für das Elend in Europa seit dem Waffenstillstand sei der Fortfall der in Versailles vorgesehenen Garantieverträge zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, die Frankreich gegen einen Angriff schützen sollten. Diese Verträge waren ein integraler Teil des Versailler Friedensvertrages.

In dem letzten bedeutsamen Teil seiner Rede führte Lord Grey aus, wenn Frankreich den Wunsch ausdrücke, noch mehr deutschen Boden zu besetzen, so geschehe dies nicht, weil es sein Geld einzutreiben wünsche, sondern weil es sich die Sicherheit verschaffen wolle, die man ihm an anderer Stelle nicht geben habe. Lord Grey ist jedoch der Auffassung, daß der Erwerb neuen Gebietes Frankreich diese Sicherheiten nicht gebe.

Greys Rede war die Antwort auf die Schlussabfähe der Reparationsrede Lord Birkenheads (siehe die heutige Morgenausgabe der „Wossischen Zeitung“), in der der Lordkanzler Lloyd Georges die Pfändertheorie kritisiert hatte. Birkenhead führte aus, er ferne nur drei Arten von Pfändern: Die Besetzung des Ruhrgebiets würde nicht etwa einen deutschen Ruhezug verursachen, denn es sei unmögl., zu erklären, daß in Deutschland heute noch die Fähigkeit zu militärischem Widerstand bestehe. Alle Warnungen und Behauptungen über die Aufstellung einer großen deutschen Armee in naher Zukunft beruhten nur auf Täuschung und Unwissenheit. In Deutschland könne auf rüstungstechnischem Gebiete nichts geschehen, ohne die Kenntnis von Ländern, die eine überwältigende militärische Überlegenheit haben. Jede Aktion im Ruhrgebiete werde dagegen zu einer Generalstreikbewegung in diesen Landesteilen und dem übrigen Deutschland führen.

Man habe ferner oft von der Errichtung einer Zollschanke am Rhein gesprochen bzw. auch einer Zollgrenze östlich des Ruhrgebietes. Dieses Verfahren sei von der Entente schon einmal im Sommer vorigen Jahres versucht worden, mit dem einzigen Ergebnis, daß die Reparationskommission über zahlreiche Rufen voll wertloser Papiermark verfüge.

Auch das dritte Verfahren, Wälder und Bergwerke auf dem rechten oder linken Rheinufer zu beschlagnahmen, sei wenig Erfolg versprechend. Diese Aktion könne nur durchgeführt werden, wenn Besatzungstruppen zur Verfügung gestellt würden, um die Beauftragten der Alliierten fortdauernd zu schützen.

Zum Schluß warnte Birkenhead vor der Gefahr, Deutschland aus der wirtschaftlichen und politischen Einheit, die der Kontinent Europa nun einmal bilde, herauszuschneiden. Wenn England dies zugebe, könne es innerhalb der Lebensdauer dieser Generation keinerlei Aussicht auf Wiederherstellung seines Handels und seiner Wohlfahrt haben.

### Abbruch der Moskauer Abrüstungskonferenz.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz, an der Sowjetrußland und die Randstaaten mit Ausnahme Rumaniens teilnahmen, ist ergebnislos abgebrochen worden, da die Delegierten der Randstaaten es ablehnten, auf der Konferenz den zahlenmäßigen Umfang der Abrüstungsmaßnahmen erörtern zu lassen. Sie verlangten vielmehr die Einsetzung einer Sachverständigenkommission, die nach Beendigung der Konferenzarbeiten diese Frage in Angriff nehmen sollte. Die russische Delegation erklärte sich unter diesen Umständen nicht bereit, den auf der Konferenz entworfenen Schiedsgerichtsvertrag, der die Verpflichtung der auf der Konferenz vertretenen Länder enthielt, sich gegenseitig nicht anzugreifen, zu unterzeichnen.

## Die Machtprobe der Gewaltpolitiker.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Paris, 14. Dezember.

Seit der Bildung des Kabinetts Poincaré ist keine parlamentarische Debatte mit so fieberhafter Spannung erwartet worden wie die Kammer Sitzung vom Freitag. Es herrscht hier allgemein die Ueberzeugung, daß Frankreichs Außenpolitik an einem entscheidenden Wendepunkt angekommen ist. Anhänger und Gegner der Ruhrbesetzung, die nun einmal als Symbol der Machtpolitik anerkannt ist, möchten Gewißheit erlangen, daß Poincaré ihr Programm erfüllen wird, und zeigen Neigung, ihn im anderen Falle zu stürzen.

Den größten Lärm machen seit den Äußerungen Poincarés vom Dienstagabend, aus denen allgemein der grundsätzliche Verzicht der französischen Regierung auf die Ruhrbesetzung gefolgert wird, die Vorkämpfer des Besetzungsgedankens. Es sieht aber ganz so aus, als ob die Gewaltpolitiker in der Minderheit bleiben würden. Die Mehrheit des Senats ist entschieden gegen jede Ausdehnung der Besetzung. In der Kammer sind auf jeden Fall die Anhänger einer sofortigen isolierten Aktion Frankreichs im Ruhrgebiet in der Minderheit. Dagegen bestehen auf allen Bänken bis zu den Radikalen einschließlich Bedenken gegen einen ausdrücklichen Verzicht der Regierung auf eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes, da die grundsätzliche Aufrechterhaltung dieser Drohung bis zu einer Einigung mit Deutschland von vielen Abgeordneten, welche die Ausdehnung der Ruhrbesetzung im Grunde nicht wünschen, für notwendig gehalten wird. Man versichert, daß die Mehrheit der Abgeordneten die Aufrechterhaltung des Zusammenwirkens mit den Verbündeten für das wichtigste Ziel der Regierungspolitik hält, und diese Forderung schließt gegenwärtig nach der hier herrschenden Ueberzeugung den Verzicht auf die Ruhrbesetzung ein, trotz allem, was Poincaré selbst über die eventuelle stillschweigende Zustimmung Englands zu etwaigen isolierten Schritten Frankreichs sagen mag.

Poincaré will, wie schon gestern gemeldet, zu Beginn der Kammer Sitzung am Freitag eine Erklärung über die Londoner Besprechungen abgeben und jede weiteren Äußerungen ablehnen, ohne Rücksicht darauf, was Tardieu und andere Redner fragen möchten. Die Regierung wünscht, daß die Debatte mit einer Abstimmung, die als Vertrauensvotum für das Kabinett zu gelten habe, schließt. Poincaré hat gestern mit einer ganzen Reihe von politischen Persönlichkeiten konferiert und führende Abgeordnete scheinbar von der Notwendigkeit seiner auf Verständigung mit England gerichteten Politik überzeugen können. Solche Besprechungen werden voraussichtlich auch heute stattfinden. Die Ansichten des Kabinetts werden trotz der Rührigkeit gewisser Nachfolgerkandidaten für gut gehalten.

Man war gespannt darauf, was Briand unternehmen werde, nachdem gegen ihn während des Journalistenempfanges bei Poincaré am Dienstagabend der Vorwurf erhoben worden ist, die von ihm betriebene Mobilisierung einer Heeresklasse im Frühjahr 1921 sei eine Komödie gewesen. Briand scheint nicht die Absicht zu haben, die in der Erregung getane Äußerung gegen Poincaré auszubreiten. Nach dem „Eclair“ hat er gestern erklärt, er werde die Regierungspolitik nicht bekämpfen, da er keine Neigung fühle, an Poincarés Stelle zu treten und die Sache besser zu machen als Poincaré.

Hervé legt im Leitartikel der „Victoire“ dar, welche Erwägungen für den Verzicht auf die Ruhrbesetzung bestimmend waren. Er führt aus, Frankreich könne leichter im besetzten Rheinlande gewisse Pfänder erfassen, die gleichfalls nicht zu verachten seien. Er denkt dabei an die Beschlagnahme von Wäldern und Staatsgruben im besetzten Gebiet sowie an die Erfassung der Steuern durch die Verbündeten. Er erinnert daran, daß die Ruhrbesetzung nicht viel Geld einbringen würde. Hervé führt weiter aus, daß der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands vielleicht in kurzer Zeit eintreten werde, und daß die Welt Frankreich für diese Katastrophe verantwortlich machen würde, wenn es kurz vorher das Ruhrgebiet besetzt hätte. Im Falle eines solchen Zusammenbruchs würde das rechtsrheinische Deutschland vermutlich die Verbündeten als Helfer herbeizufen. Als wichtigstes Ziel der französischen Politik bezeichnet Hervé die Aufrechterhaltung der verbündeten Einheitsfront, die allein imstande sei, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bewegen. Die Besetzung des Ruhrgebietes ohne die Verbündeten wäre nach ihm ein Sprung ins Dunkle.

Dr. Wilhelm Feldmann.

### Kleine Entente und Schuldenregelung.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

\* Prag, 13. Dezember.

In der heutigen Sitzung des Außenausschusses des Abgeordnetenhauses stellte der deutsch-demokratische Abgeordnete Dr. Kalla an den Außenminister Dr. Beneš die Anfrage, ob die